

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Coronakrise hat uns alle vor unglaubliche Herausforderungen gestellt. Viele Menschen müssen immer noch in Kurzarbeit ausharren, Aushilfsjobs sind weggefallen und Kulturschaffende und Gastronomen sind in ihrer Existenz bedroht. Auch die psychischen Belastungen nehmen immer mehr zu, weil verringerte Kontakte auch verringerte Lebensfreude bedeuten.

Die Stadtverwaltung hat im ersten Lockdown sehr schnell und gut reagiert. Die Einrichtung der Nachbarschaftshilfe war für viele Menschen eine große Erleichterung. Auch ich habe mich dort engagiert und einmal pro Woche für eine ältere Dame eingekauft. Hier hat man gemerkt, dass Rottenburgerinnen und Rottenburger zusammenhalten.

Die Händlerinnen und Händler vor Ort wurden ebenfalls gut unterstützt. Regelmäßige Mails von Herrn Lanio und Frau Gsell zur aktuellen Lage, den Vorschriften und weiteren Hinweisen der Verwaltung halfen vielen Ladenbesitzer\*innen sehr und bündelten die vorhandenen Kräfte. So konnten die Händler\*innen ihre Zeit beispielsweise in einen Onlineauftritt investieren und mussten sich nicht selbst mit den sich ständig ändernden Regelungen herumschlagen.

Die finanzielle Lage erfordert, dass wir uns in diesem Haushalt auf das Wichtigste konzentrieren müssen. Um einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt hinzubekommen, haben wir beschlossen, dass die Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer erhöht werden. Nun hoffen wir alle, dass dies für die nächsten Jahre reichen wird. Es zeigt sich jedoch, dass wir gut gewirtschaftet haben, denn wir können weiterhin investieren und, wenn auch zum Teil verzögert, die geplanten Projekte umsetzen: den Neubau der Hohenbergschule, die Dorfmitte in Hailfingen oder die Versammlungsstätte in Bad Niedernau. Für unsere GRÜNE Fraktion ist klar: wir geben als Gemeinderat unser Geld für gute Bildung, eine sinnvolle Stadtentwicklung und eine lebenswerte und bunte Stadt aus.

Um eine lebenswerte Stadt zu erhalten, darf beim Klimaschutz nicht gespart werden. Dieses Jahr lag und liegt der Fokus auf der uns ständig beschäftigenden Pandemie. Gleichzeitig schreitet auch die Klimakrise unaufhaltsam fort und ich frage mich, wie wir ein klimaneutrales Rottenburg in wenigen Jahren schaffen sollen.

Es muss sich einiges tun. Doch selbst bei den vermeintlich offensichtlichsten Themen – ja, ich rede vom Radverkehr – gibt es hier des Öfteren Uneinigkeit.

Nun soll das neue Radverkehrskonzept den Weg hin zur Fahrradstadt Rottenburg aufzeigen. Wir hoffen sehr, dass dieses jetzt konsequent umgesetzt wird. Schließlich hat die Coronakrise dazu geführt, dass Radfahren wieder zum Trend wird. Unser Antrag gibt für die im Radverkehrskonzept aufgezeigten Fahrradstraßen einen klaren Zeitplan für die Priorisierung und anschließende Planung vor. Damit soll klar werden, dass die ersten Fahrradstraßen nächstes Jahr fertiggestellt sein sollen, und diese nicht aufgrund anderer Bauvorhaben mal wieder nach hinten verschoben werden. Falls es an Planungskapazitäten fehlt, sollen diese extern vergeben werden. Diese frühzeitige Planung ist wichtig, damit öffentlichkeitswirksam gezeigt wird, dass das Konzept nun nach und nach umgesetzt wird und eben nicht in der Schublade verschwindet. Insbesondere mit den Radstraßen kann Radfahren sicherer gestaltet werden. Wenn die Stadt zusichern kann, dass die Planungskapazitäten reichen, verzichten wir auf den Antrag.

Zweites Thema Solarpflicht: Im Januar hat sich gezeigt, wer bereit ist, nicht nur Anreize, Anreize, Anreize zu verkünden, sondern alle Möglichkeiten zu nutzen, um Klimaschutz

voranzutreiben. Es gibt von den Stadtwerken ein Programm, mit dem die betroffenen Personen eine Solaranlage pachten können. Dafür zahlen sie monatlich einen Grundbetrag und erhalten den Strom aus der Solaranlage für den Eigenverbrauch. Investitions- und Reparaturkosten tragen die Stadtwerke. Die Investition in eine PV-Anlage ist i.d.R. wirtschaftlich rentabel. Somit haben Stadtwerke als auch Häuslesbauer\*innen finanziell etwas davon. Die Mehrheit im Gemeinderat wurde knapp verfehlt.

Ein halbes Jahr später: Selbst die CDU auf Landesebene hat eingesehen, dass eine Solarpflicht (wenn auch nur für Nicht-Wohnbauten) sinnvoll ist. Ungefähr zur gleichen Zeit beschließen wir den Kompromiss der Solarinformationspflicht. Nun muss sich immerhin jede Person über eine mögliche Solaranlage informieren, bevor er oder sie ein Haus baut. Einen richtig großen Schritt kann man das leider nicht nennen.

Was das Thema Anreize angeht, ist der Rat offener. Nachdem das Förderprogramm für Solaranlagen und Batteriespeicher einen unglaublich guten Start nahm – mit über einer Million Euro Investition von Bürger\*innen aus Rottenburg bis Ende September – gehen wir jetzt auch das Thema Bauen an. Hier möchte ich explizit den Kolleg\*innen von der CDU danken, die zu diesem Thema einen wirklich guten Antrag eingebracht haben. Nun muss die Förderrichtlinie zum ökologischen Bauen nur noch angewandt werden und wir hoffen sehr, dass sie Wirkung zeigt.

Beim Thema Wohnen beschäftigt uns immer auch der Flächenverbrauch. Positiv festzuhalten ist hier beispielsweise die Erhöhung von zwei auf drei Wohneinheiten pro Wohngebäude im Bebauungsplan „Burgäcker-Äuble 2“. Dies kratzt aber nur an der Oberfläche des Problems und wir müssen hier noch einiges tun, sowohl was unbebaute Einzelgrundstücke betrifft, als auch die noch nicht vorhandene Mehrstöckigkeit bei Gewerbegebäuden.

In diesem Jahr hat uns außerdem das Thema Schlachthof stark beschäftigt. Dies zeigt, dass unser letztjähriger Antrag mit einer Planungsrate für den Schlachthof in die richtige Richtung gezeigt hat. Als Teil der Arbeitsgruppe habe ich im vergangenen Jahr direkt mitbekommen, wie nach einer Lösung gesucht wird. Sehr gut finde ich, dass viele wichtige Akteure, die von dem Thema betroffen sind, sich einbringen konnten. Im jetzigen Planungsprozess auch Bürger\*innen durch einen Zufallsbürger\*innenrat einzubauen, war dringend nötig. Es ist nun entscheidend, dass ein tragfähiges Betreiberkonzept gefunden wird. Die Bedeutung, die der Gemeinderat einem regionalen Schlachthof beimisst, zeigt sich in der Summe von 500.000 €, die im Haushalt bereitgestellt ist.

Auch im kommenden Jahr wird uns das Coronavirus beschäftigen. Wir alle hoffen auf den baldigen Impfstoff, damit wieder mehr Kontakte möglich werden. Als Wissenschaftlerin schätze ich das große Engagement der Forscher\*innen, die seit Monaten hart dafür arbeiten, einen solchen Impfstoff zu ermöglichen.

Wir GRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, die Minderheiten schützt, in der Verfassungsfeinde keinen Platz haben, die Diskriminierung nicht akzeptiert und die Klimaschutz in der Verantwortung für uns alle und die zukünftigen Generationen umsetzt.

Vielen Dank.